

Kocka, Jürgen

**Book Part — Digitized Version**

Otto Hintze

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Kocka, Jürgen (1973) : Otto Hintze, In: Hans-Ulrich Wehler (Ed.): Deutsche Historiker, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, pp. 275-298

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112322>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

OTTO HINTZE

von

Jürgen Kocka

Wie kein anderer verstand es Otto Hintze (1861–1940), zwei der wichtigsten deutschen historiographischen Traditionen miteinander zu verschmelzen. Als Student Droysens kam er aus der nationalpolitisch engagierten, borussischen Geschichtsschreibung, deren größte Verzerrungen er aber früh kritisierte (III, 2) \*, wobei ihm der betonte Rückgriff auf die politisch distanziertere, am Staatensystem der germanisch-romanischen Völker orientierte Geschichtsschreibung Ranks ebenso half wie die peinlich-genaue Beachtung der historisch-kritischen Methode. Unter dem Einfluß Schmollers wurde er andererseits von der Jüngerer Historischen Schule der deutschen Nationalökonomie geprägt; damit stand er innerhalb einer bedeutsamen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Tradition, die sich jedoch nur außerhalb der primär politisch ausgerichteten deutschen Fachhistorie etablieren konnte und die trotz aller empirisch-historischen Orientierung deren Generalisierungs- und Theoriefeindlichkeit ebensowenig teilte wie deren Vernachlässigung der sozialökonomischen Dimension in der modernen Geschichte. Hintze gelang als einzigem eine nachfolgerlose Synthese, die ihm die Hochachtung beider Seiten einbrachte, u. a. auch deshalb, weil er den zeitgebundenen Blickwinkel, die heute klar erkennbaren Grenzen beider Richtungen teilte und weitgehend respektierte, nämlich: die zum methodischen Hauptgesichtspunkt werdende Hochschätzung des monarchisch-bürokratischen Staates in seiner äußeren Machtentfaltung und inneren Modernisierungsfunktion. In seinen vergleichenden verfassungs- und sozialgeschichtlichen Untersuchungen und mit seiner Rezeption der entstehenden Soziologie erwies er sich dennoch als der methodisch fortschrittlichste, wenn nicht überhaupt als der bedeutendste deutsche Historiker des späten Kaiserreichs und der Zwischenkriegszeit.

Der 1861 geborene Sohn eines mittleren Beamten ging in seinem Heimatort Pyritz (Hinterpommern) zum Gymnasium, besuchte 1878 die Universität Greifswald und studierte seit dem Winter 1880/81 in Berlin Geschichte. Von J. G. Droysen lernte er neben dem sympathisierenden Interesse für die preußisch-„vaterländische“ Ge-

schichte vor allem „pragmatische“ Geschichtsschreibung, d. h. systematisch und gründlich aus den Akten die Verhandlungen und Entscheidungen der Großen Politik zu erarbeiten und „aus dem Standpunkt, aus dem Horizont, gleichsam aus der Seele“ der Handelnden zu verstehen, „wie aus den Geschäften Geschichte wird“ (II, 490). Dieses begrenzte individualisierend-hermeneutische Prinzip beherrschte ganz die gut beurteilte, aber doch noch nichts von Hintzes späterer Größe anzeigende, traditionell und sauber gearbeitete mediävistische Dissertation Hintzes, mit der er 1884 bei Julius Weizsäcker — Nebenprüfer: Dilthey, Droysen, Scherer — promovierte<sup>1</sup>. Auf Anraten des Mittelalterhistorikers Georg Waitz nahm er anschließend rechts- und staatswissenschaftliche Studien auf und veröffentlichte bereits 1887 eine erste faktenreiche verwaltungsgeschichtliche Arbeit, die jedoch noch kaum etwas von seiner späteren Meisterschaft verriet, Verwaltungsgeschichte als Teil der allgemeinen Geschichte zu schreiben<sup>2</sup>.

Der entscheidende Durchbruch gelang Hintz bei seiner langjährigen Arbeit an der vielbändigen Quellenpublikation „Acta Borussica“, für die ihn Gustav Schmoller 1888 anwarb. Dieses Akademie-Unternehmen betrieb die Edition der auf „die innere Verwaltung Preußens bezüglichen Akten aus der Zeit von 1713—1786“; es beschäftigte sich mit der Organisation und der vielseitigen Tätigkeit der absolutistisch-merkantilistischen Verwaltung zu einer Zeit, da sie, aus der Sicht der Herausgeber, „mit dem kühnsten Reformeifer eine ganz neue Art gesellschaftlichen und staatlichen Lebens schuf“. Hintze edierte zwei Bände Akten über die preußische Seidenindustrie unter Friedrich II. und schrieb eine einbändige Darstellung des Themas. Danach gab er in sechs Bänden die Quellen zur preußischen Behördenorganisation von 1740 bis 1756 heraus und leitete sie mit einer einbändigen Gesamtdarstellung (Querschnitt im Jahre 1740) ein<sup>3</sup>.

Durch diese Arbeiten gewann Hintze einmal einen gewissen Zugang zur historischen Nationalökonomie. Der Aufsatz über den „Zentralverband der ostschweizerischen Stickereiindustrie“ (1894) zeigte Hintzes neu erworbenes, ihn wohl damals von jedem anderen Fachhistoriker unterscheidendes wirtschafts- und sozialhistorisches Instrumentarium, das in dieser Klarheit und Prägnanz in späteren Arbeiten kaum mehr auftrat<sup>4</sup>. Er behandelte die Technik, die Absatzverhältnisse, die Betriebsverfassung, die Abhängigkeits- und Ausbeutungsbeziehungen in dieser Verlagsindustrie in großer Ausführlichkeit und begrifflicher Schärfe, weil er glaubte, die in sich heterogenen Verbandsinteressen, die Verbandsorganisation und das Verbandsverhalten nur aus der konkreten sozial-ökonomischen

Struktur und den aus ihnen unter bestimmten massenpsychologischen Voraussetzungen folgenden Bedürfnissen erklären zu können. Dieser strukturgeschichtliche, aber auf sozialpsychologische Vermittlungsinstanzen wertlegende Aufsatz mit seinen Aussagen über das Verhältnis von Kapital und Arbeit und der abschließenden Empfehlung, die bestehende Krise der Unternehmer-Arbeiter-Beziehungen in dieser Industrie mit Hilfe eines staatlich-administrativen Eingriffs (obligatorische Berufsgenossenschaft) zu lösen, machte nicht nur erstmals mit zentralen Elementen von Hintzes Methodik bekannt, sondern auch mit seinen an einem gemäßigten Katheder-sozialismus orientierten sozialpolitischen Ansichten. Obwohl er dezidiert für eine fürsorgestaatliche, am Beamtenmodell orientierte, „feste, konsequente, in den Grenzen der Möglichkeiten gesteigerte Sozialpolitik“ eintrat, auch als diese 1913 zu stagnieren drohte und obwohl er den Klassengegensatz der Wilhelminischen Gesellschaft durchaus sah<sup>5</sup>, traten industrielle Konflikte in Hintzes späteren Werken ebenso zurück wie die industrielle Welt überhaupt – ganz im Gegensatz zu Schmoller. Wenn Hintze Not und Ausbeutung der Unterschichten überhaupt behandelte, dann schon eher im ländlich-agrarischen Kontext (z. B. III, 406 f.), in milder Form, ohne merkliches Engagement, ungefähr in der Weise, wie ein zeitgenössischer Beamter Not als Verwaltungsproblem behandelt haben mag.

Die langjährigen Arbeiten an den Acta Borussica bildeten Hintze zum andern als Verwaltungshistoriker besonderer Prägung aus. Hintze war sich klar darüber, einen „besonders fruchtbare[n] und bis dahin noch wenig angewandte[n] Gesichtspunkt“<sup>6</sup> gefunden zu haben, als er den Querschnitt durch die preußische Behördenorganisation des Jahres 1740 in den historischen Übergang vom Typ des landschaftlich-territorialen Ständestaates zum Typ des absolutistisch-bürokratischen Groß- und Militärstaats hineinstellte. Ein Mehrfaches erreichte er damit: Die Verwaltungsgeschichte wurde Teil der Gesamtgeschichte in dem Maße, wie die Verwaltung in ihrer Prägung durch und in ihrem Einfluß auf die preußische Staatsbildung begriffen wurde. In konkreter historischer Forschung sah Hintze: „Verwaltung hängt viel mehr mit Regierung und daher auch mit Machtbestrebungen zusammen, als gewöhnlich angenommen wird.“<sup>7</sup> Dieses Vorgehen dynamisierte die Verwaltungsanalyse, indem es die Behördenstruktur als vorläufiges, vor weiteren Veränderungen stehendes Resultat eines Umbruchs, einer sich wandelnden Mischung zweier historischer Staatstypen darstellte<sup>8</sup>. Schließlich ermöglichte es dieser Ansatz, die Verwaltung nicht nur in ihrer Struktur, sondern auch in ihren vielfältigen Funktionen darzustellen; auf Grund der tief ins ökonomische und soziale Leben eingreifenden Tätigkeit

der absolutistisch-merkantilistischen Verwaltung wurde Hintzes Verwaltungsgeschichte damit in einigen Teilen zur äußerst konkreten, wenn auch immer vom Blickpunkt der Verwaltung aus geschriebenen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; diese konnte die teilweise Instrumentalisierung und Zementierung der ständischen Strukturen im absolutistischen Staat ebenso diskutieren wie das Leben in den Zünften oder die Frage, welchen Teilen der „herrschenden Klassen“ eine bestimmte Politik vor allem nutzte<sup>88</sup>. In verschiedenen historischen Längsschnitten in Aufsatzform, die sich z. T. über mehrere Jahrhunderte erstreckten und, von Preußen ausgehend, immer stärker internationale Vergleiche einbezogen, verwandte Hintze diese Methode zur Untersuchung von zentralen Einzelproblemen, so etwa 1908 in „Die Entstehung der modernen Staatsministerien“ (I, 275–320) oder 1910 in „Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte“ (I, 242–274).

Die bis 1910 fortgesetzte Herausgeberarbeit an den Acta Borussica etablierte schließlich Hintze als einen der besten Kenner der preußischen Geschichte. Seit 1895 Privatdozent, seit 1899 außerordentlicher und seit 1902 ordentlicher Professor für „Verfassungs-, Verwaltungs-, Wirtschaftsgeschichte und Politik“ in Berlin, gab er 1898 bis 1912 die „Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte“ heraus. Zum 500jährigen Hohenzollernjubiläum erhielt er den höchst-offiziellen Auftrag, die repräsentative Festschrift zu verfassen. „Die Hohenzollern und ihr Werk“ (1915) wurde dann nicht nur von der preußischen Regierung in allen Schulen kostenlos verteilt, sondern hat auch als wissenschaftliche Darstellung ersten Ranges bis heute die Anerkennung der Fachleute gefunden. Als „preußischer Historiker“, dessen auch äußerlich sichtbarer „preußischer Habitus“ von Zeitgenossen erwähnt wurde, berief man den 53jährigen 1914 in die Königlich-Preussische Akademie der Wissenschaften.

Nicht der unhistorisch in die Vergangenheit zurückprojizierte „deutsche Beruf Preußens“, wie er das Geschichtsbild der nationalpolitischen Historiker der Reichseinigungszeit bestimmt hatte, war für Hintze zentral. Die Reichseinheit erschien ihm, der 1871 zehn Jahre gezählt hatte, gesichert. Das 17. und vor allem das 18. Jahrhundert, d. h. die Epoche der äußeren und inneren Staatsbildung, in der der fürstliche Absolutismus eine vorwärtstreibende Rolle gespielt hatte, interessierte ihn viel mehr. Weil er (vor 1914) die friderizianische Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik bis zu einem gewissen Grade als Modell der Politik des Wilhelminischen Reiches begriff, als ein Modell, das seit den späten 70er Jahren zunehmend

Wirklichkeit geworden sei<sup>9</sup>, konnte er preußische Geschichte vom Blickpunkt des 18. Jahrhunderts aus schreiben, ohne damit seiner eigenen Forderung untreu zu werden, „die Gegenwart aus der Vergangenheit zu erklären“, d. h. Geschichte auch als Instrument der Orientierung und als Vorbereitung richtigen Handelns in der Gegenwart zu lehren. Als Preußenhistoriker war Hintze am besten, wenn er die Entstehung des modernen absolutistischen Staats mit seinem Heer, seiner bürokratischen Verwaltung, seiner merkantilistischen Wirtschaftspolitik und seinen vielfältigen, aber von Hintze in ihrer Begrenztheit bereits erkannten Tendenzen zur „Verstaatlichung der Gesellschaft“ beschrieb. Hintzes so häufige Betonung des außenpolitischen, Kriege einschließenden „Schiebens und Drängens“ machtpolitisch bewußt werdender Staaten als Triebkraft innerer Modernisierung, seine immer wiederkehrende Charakterisierung der monarchischen Staatsspitze und der bürokratischen Verwaltung als wesentlichste Agenten fortschrittlicher innerer und äußerer Staatsbildung haben für diese Zeit ihre größte Berechtigung. Seine dementsprechende methodische Grundentscheidung, nämlich: unter ständiger Berücksichtigung des Wechselverhältnisses von Außen- und Innenpolitik (mit leichter Neigung zum Primat der Außenpolitik) Geschichte „von oben“ her zu schreiben, etwa sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Momente als Widerstände, Resultate oder Begleiterscheinungen der vielseitigen Verwaltungstätigkeit zu erfassen sowie Verwaltungsgeschichte im gekennzeichneten umfassenden Sinn als Kern der Gesamtgeschichte zu verstehen — diese Grundentscheidung erwies sich für seine Untersuchungen des 17. und 18. Jahrhunderts als sehr erfolgreich und relativ angemessen, zumal da ein für ihn kennzeichnender gründlicher Scharfblick, ein hohes Maß an intellektueller Ehrlichkeit, große Genauigkeit und ein ausgeprägter Sinn für die Komplexität historischer Wirklichkeit ihn vor vereinfachenden Schemata und Verkürzungen weitgehend bewahrten. Seine Untersuchung der preußischen Seidenindustrie, die (1892) strukturgeschichtlich-wirtschaftsgeschichtliche Passagen mit umfassend-verwaltungsgeschichtlichen integrierte, seine glanzvollen Aufsätze, insbesondere der von 1903 über „Geist und Epochen der preußischen Geschichte“ (III, 1–29) und auch sein notwendig etwas verkürzendes, vereinfachendes Hohenzollernbuch enthalten eine derartige Vielzahl von begrifflich beherrschten Beobachtungen, multi-kausalen und funktionalen Erklärungen, neben verstehenden Deutungen einzelner Personen und Handlungen, daß der Versuch einer kurzen Zusammenfassung sinnlos erscheint.

Allerdings stößt Hintzes Blickrichtung und Methode auf typische Grenzen, die hier kurz an seiner Behandlung der merkantilistischen

Wirtschaftspolitik exemplifiziert werden sollen. Zwar verzichtet er neben der dominierenden, dem Merkantilismus angemessenen Frage nach dem Beitrag der wirtschaftlichen Entwicklung zur Macht und Größe des Staates nicht ganz auf die wachstumsgeschichtliche Frage nach dem Beitrag merkantilistischer Industrialisierungspolitik für das spätere Wirtschaftswachstum. Doch rechtfertigt er ohne zureichende Beweise die teure Vorliebe Friedrichs für die Luxusindustrie der Seidenherstellung allzu schnell und entschieden<sup>10</sup>. Bläß bleibt seine Behandlung der auf obrigkeitliche, unternehmerische, private Initiativen zurückgehenden Entwicklung der Krefelder Seidenindustrie. Zu Recht (wenn auch zu euphorisch) arbeitet Hintze die spezifischen Entwicklungsleistungen des absolutistischen Staates und seine machtpolitischen Motivationen heraus, die eine gewisse Fortsetzung in der bürokratisch gelenkten Modernisierung „von oben“ im Preußen des 19. Jahrhunderts fanden; zu Recht gesteht er dem monarchisch-bürokratischen Staat zu, Initiator und Motor von weitertreibenden Veränderungen gewesen zu sein, was aus Theorien, die auch den absolutistischen Staat primär als Instrument der herrschenden Klassen begreifen wollen, nicht voll erklärt werden kann. Dennoch vermißt man eine ausführliche Behandlung der *relativen* Klassenabhängigkeit des friderizianischen Staates<sup>11</sup>; man vermißt weiter bei Hintze die Einsicht in bestimmte Konsequenzen der preußisch-absolutistischen Entwicklungspolitik, die — etwa durch die mangelnde Förderung und die Unterdrückung bürgerlicher Selbstständigkeitsforderungen und Initiativen (soweit sie existierten) — sowohl die spätere Industrialisierung wie vor allem eine liberaldemokratische Sozialentwicklung behinderten; man vermißt schließlich einen stärkeren Sinn dafür, daß die absolutistische Modernisierungspolitik gewissermaßen eine Funktion sozialökonomischer Rückständigkeit gewesen ist, ein Gedanke, der zwar mit Hintzes Ergebnissen vereinbar ist, der es jedoch nötig macht, stärker von einer vergleichenden sozialökonomischen Ebene aus zu denken, als es der trotz seiner Breite und Offenheit letztlich vom Staat her die historische Wirklichkeit integrierende Hintze gekonnt hat<sup>12</sup>.

Hintze lehnte es immer ab, primär als Preußen-Historiker abgestempelt zu werden. Sein „eigentliches Ziel“, so führte er 1914 aus, sei eine allgemeine „Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der neueren Staatenwelt“, eine „vergleichende Behandlung der politischen und sozialen Einrichtungen der verschiedenen zu dem Kulturkreis der abendländisch-christlichen Welt gehörigen Völker“<sup>13</sup>. Allerdings: in seinen vergleichenden verwaltungs- und verfassungsgeschichtlichen Aufsätzen und seinen damit verbundenen methodologischen Ausführungen bis zum Ersten Weltkrieg benutzte er

das, was er sich an der preußischen Geschichte erarbeitet hatte, als Modell, als „Paradigma“<sup>14</sup>. Entsprechend steht in diesen Arbeiten der Prozeß der Staatsbildung im Zentrum seiner Arbeiten. Staatsbildung in ihrem nach außen gerichteten Aspekt meint dynastische bzw. nationalstaatliche Macht- und Kraftentfaltung, äußere Größe und Gestalt, Durchsetzung und Verteidigung, Expansion und Konsolidierung in der unaufhörlichen Rivalität, dem „Drängen und Schieben“ der souveränen Staaten. Nach innen gerichtet, meint der Begriff einen vieldimensionalen, historisch äußerst variablen, zunehmend intensiven Vorgang der verfassungspolitischen, sozialen, sozialpsychologischen und ökonomischen Integration. Das Wechselverhältnis von äußerer und innerer Staatsbildung ist das Hauptthema von Hintzes verfassungsgeschichtlich-vergleichenden Arbeiten, und zwar in einer Weise, die nur schwer auf einen kurzen Begriff gebracht werden kann. Manchmal begnügte er sich damit, facettenreich Entsprechungen und Parallelitäten zwischen bestimmten Typen der äußeren und bestimmten Typen der inneren Staatsbildung festzustellen (z. B. I, 34–51). Meist strebte Hintze jedoch darüber hinaus nach kausalen und funktionalen Erklärungen. Dabei begriff er die innere Staatsbildung in größerem Maße als Funktion der äußeren als umgekehrt; diese wiederum leitete er letztlich in ihrem Kern — nämlich dem Streben nach staatlicher Machterweiterung mit der Folge internationaler Rivalitäten — nicht weiter ab, akzeptierte sie vielmehr als quasi natürlich; er erklärte jedoch ihre historisch wechselnden Ausprägungen, und zwar primär mit Hilfe geographisch-außenpolitischer Faktoren (Insellage Großbritanniens und kontinentale Umklammerungssituation Preußen-Deutschlands z. B.). Aus dieser deutlichen, jedoch nicht immer durchschlagenden, von der scharfsinnigen Einzelanalyse häufig gleichsam unterlaufenen Neigung zum Primat der äußeren Politik, einer Neigung, in der die Tradition Rankes wie Droysens ebenso nachwirkte wie die Beschäftigung mit den Motiven der Hohenzollern des 17. und 18. Jahrhunderts, ergab es sich für Hintze, die inneren Verfassungszustände (samt ihrer ökonomischen, sozialen und sozialpsychologischen Dimension) primär im Hinblick auf ihre Funktion für die staatliche Machtentfaltung zu diskutieren. Zum anderen folgte aus dieser Neigung sein Interesse für die sich wandelnde außenpolitische Konstellation, in der er im Zeitalter der europäischen Nationalstaaten nicht bloß Kampf und Rivalität, sondern auch eine aus der gemeinsamen christlich-abendländischen Tradition der germanisch-romanischen Völker stammende Solidarität (als Basis des Völkerrechts und als Voraussetzung eines funktionierenden internationalen Gleichgewichts) zu erkennen glaubte.

Neben diesem Leitinteresse an Staatsmacht und Staatsbildung, das in abgeschwächter und modifizierter Form auch noch Hintzes Forschungen der letzten Jahre prägte, darf eine zweite, daraus nicht ableitbare, allerdings auch nicht ganz so zentrale, aber durchgehaltene Grundsäule seiner Geschichtssicht nicht vernachlässigt werden: sein Interesse an der als Rechtssicherheit und Spielraum, nicht aber als Partizipation begriffenen Freiheit der Individuen<sup>15</sup>. Dieses Moment liberalen Denkens zeigt sich in Hintzes Behandlung des „aufgeklärten Absolutismus“ und des Allgemeinen Landrechts<sup>16</sup>. Es steht letztlich hinter seiner wiederholten Beschäftigung mit dem mittelalterlich-abendländischen Dualismus von Kirche und Staat (und der dadurch ermöglichten europäischen Mächtekonstellation) als Voraussetzung freier Verfassungen<sup>17</sup>. Und es verbindet sich in der für Hintze typischen Gewichtung mit seinem Interesse an der Staatsbildungs- und Machtstaatsproblematik in seinem von dem englischen Historiker Seeley übernommenen Grundsatz, „daß das Maß von Freiheit, das in einem Staate vernünftigerweise stattfinden kann, umgekehrt proportional dem militärisch-politischen Druck sei, der auf seine Grenzen vom Ausland her ausgeübt wird“ (z. B. I, 411).

Zwischen diesen beiden Polen seines nationalliberalen — allerdings stärker nationalen als liberalen<sup>18</sup> — Denkens fiel so manches hindurch. Z. B. fehlte ihm der Blick für die demokratischen Tendenzen in der modernen Geschichte, für die Massen als Träger der historischen Prozesse zwar nicht ganz, er blieb jedoch schwach und unscharf — als Historiker „Alteuropas“ behinderte ihn das weniger als bei seinen Exkursen ins 19. und 20. Jahrhundert. Diese Unschärfe war teilweise verantwortlich für seine Überzeichnung der Kontinuität vom 18. zum 19. Jahrhundert, für seine unzureichende Behandlung der Revolutionen<sup>19</sup> sowie für seine Unfähigkeit, die tiefreichenden, u. a. mit Massenmobilisierung zusammenhängenden Unterschiede zwischen dem Imperialismus seiner eigenen Zeit und dem merkantilistischen „Imperialismus“ des 18. Jahrhunderts herauszuarbeiten<sup>20</sup>. Eher widerwillig erkannte und akzeptierte er die allgemeine Tendenz zur Demokratisierung kurz vor dem Weltkrieg als „unabwendbares Geschick der modernen Welt“ und empfahl sie zu bremsen, „denn ein Glück und ein zu erstrebendes Ziel ist sie nicht“<sup>21</sup>.

Es war nicht nur — wenn auch vor allem — Hintzes Vorbildung, die ihn davor bewahrte, gleich vielen seiner Fachkollegen, die sozialökonomische Dimension der modernen Geschichte ähnlich unterzubelichten wie die demokratische; vielmehr reflektierte er mit seiner Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Fragestellungen zu-

gleich eine mächtige, bei den meisten Historikern der Jahrhundertwende methodisch allerdings folgenlose Tendenz seiner Zeit, der er sich — wie Max Weber, Friedrich Naumann und viele andere — tief verpflichtet fühlte und die er so ausdrückte: „Die soziale Reform ist nicht bloß ein Gebot des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit, sondern vor allem auch der nationalen Machtentfaltung“ (II, 3 f.). Ähnlich wie im 17. und 18. Jahrhundert, so sah es Hintze, war das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in dieser seiner Epoche des „Neomerkantilismus“ (I, 487) enger als in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts mit dem staatlichen verbunden. Wenn er auch erfolgreich an der kategorialen Unterscheidung zwischen der „politische(n), soziale(n) und wirtschaftliche(n) Seite des Völkerlebens“ in allen seinen Forschungen festhielt, auch wenn sie weit ins Mittelalter zurückgriffen, so stand doch gerade das im einzelnen variable Wechselverhältnis und die Verknüpfung dieser Dimensionen im Zentrum seines Interesses.

Um 1900 begriff Hintze „Gesellschaft“ als die Sphäre der gegenseitigen Bedürfnisse, der „materiellen Kultur“, des wirtschaftlichen Lebens, der „äußeren Kultur“, des Verkehrs, der nur teilweise bewußtwerdenden Kollektivkräfte. Wirtschaft und Gesellschaft (mit ihren natürlich-geographischen Bedingungen) erschienen ihm als die „organische“, sich träge und relativ regelmäßig entwickelnde Grundlage, auf der der Staat ruhte. In *dessen* Sphäre dagegen „herrscht der bewußte Wille, das Individuelle“; ihn faßt Hintze als „Persönlichkeit“, als allgemeine Individualität, die das „Streben zu führen, zu leiten, zu beherrschen“ beseele. Im verflochtenen Wechselverhältnis zwischen Gesellschaft und Staat ist dieser das Treibende und Bestimmende, das sich Verhaltende und sich Entwickelnde, wenn er auch durch jene begrenzt und mitgeprägt wird. Für den Hintze der Jahrhundertwende verhält sich der Staat zur Gesellschaft ähnlich wie die Persönlichkeit zu ihrer gattungsmäßigen, biologischen Basis. Als Historiker mußte sich Hintze also mindestens so für Wirtschaft und Gesellschaft interessieren, wie der verstehende Psychologe für die Physis des Menschen; darüber hinaus wirkte jedoch für Hintze, und das trennte ihn von den Vertretern einer organischen Gesellschaftslehre, das vor allem in der staatlichen Sphäre stattfindende „bewußte geschichtliche Leben“ auf seine gesellschaftliche Grundlage zurück, und zwar bedeutend stärker und anders als der individuelle Geist auf seinen Körper. Dadurch wurden die Gesellschaften der fortgeschritteneren Staaten wenigstens teilweise zu historischen, d. h. gestalteten, individuellen, nicht (wie die Natur) in nomologischen Gesetzen faßbaren Gegenständen des

Historikers und vergrößerten zugleich ihre Einwirkung auf die staatliche Sphäre<sup>22</sup>.

Von diesem Denken her, das der vorrevolutionären Welt des 16., 17. und 18. Jahrhunderts zweifellos angemessener war als der Epoche seit der Industrialisierung, erklärt sich einerseits, daß Hintze als Historiker „nicht nur die aufgesetzten Ketten und Gipfel, sondern auch den Grundstock des Gebirges, nicht nur die Höhen und Tiefen der Oberfläche, sondern die ganze kontinentale Masse kennenlernen“ wollte, ein Ziel, das ihn Sozialgeschichte, wie gezeigt, bis zu einem gewissen Grade in seine Verfassungsgeschichte integrieren ließ und ihn hoch über die große Mehrheit seiner Zeit- und Fachgenossen hinaushob<sup>23</sup>. Andererseits versteht man, daß Hintze jede wirklich soziologische Staatsauffassung, die den Staat von der Gesellschaft her interpretierte, zu dieser Zeit scharf zurückweisen mußte. Seine häufige Ablehnung des Historischen Materialismus und seine wiederholte Beteuerung, daß sozial-ökonomische Faktoren von sekundärer Bedeutung für die Erklärung der inneren und äußeren Staatsbildung seien, zeigen dies deutlich<sup>24</sup>. Schließlich: jene sozialökonomischen Kräfte und Prozesse, die geeignet gewesen wären, diesen Denkansatz zu sprengen, klammerte Hintze weitgehend aus seinen Betrachtungen aus. Die Industrialisierung und die Arbeiterbewegung blieben für ihn z.B. völlig peripher. Sowohl seine verwaltungsgeschichtlichen Arbeiten wie sein Hohenzollernbuch vernachlässigten bezeichnenderweise den sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Hintergrund um so mehr, je näher die Darstellung an Hintzes Gegenwart heranrückte.

Innerhalb solcher Grenzen fand Hintze durch dieses sein Wirklichkeits- und Geschichtsbild Zugang zu methodischen Fortschritten, mit denen er um 1900 wohl allen seinen Kollegen voraus war. Als Verfassungs- und Sozialhistoriker gelang es ihm, das hermeneutische Sinnverstehen einzelner Haltungen, Handlungen und Sinngebilde zu ergänzen durch eine kausalanalytische und funktionale Betrachtungsweise überindividueller, „kollektiver“ Strukturen und Prozesse, und zwar noch bevor er sich dessen methodologisch voll inne wurde: bleibt er doch in seiner partiellen Verteidigung Lamprechts gegen die große Mehrzahl der Fachkollegen, trotz seiner Stellungnahme für die historisch-sozialpsychologische Methode und trotz seiner Forderung nach entsprechender „Fortbildung der Geschichte auf breiterer Basis“ 1897 noch dabei, daß dem Historiker die Erkenntnis geistiger und psychologischer, wenn auch kollektiv-geistiger und sozialpsychologischer Prozesse angemessen sei, nicht so sehr dagegen die Erkenntnis der objektiven Verhältnisse<sup>25</sup>.

Vor allem aber entwickelte er die Grundzüge einer dem Historiker angemessenen Vermittlung zwischen den um 1900 hart aufeinanderprallenden Positionen der individuell-hermeneutischen, „forschend verstehenden“ Methode einerseits und den teilweise vom westeuropäischen Positivismus, teilweise von wirtschafts- und staatswissenschaftlichen Entwicklungs- und Stufentheoretikern inspirierten, generalisierend-nomologischen Ansätzen andererseits. Weil er die Staaten zugleich immer in ihren außenpolitischen Beziehungen und damit in ihrem weltgeschichtlichen Zusammenhang begriff und weil er andererseits das Wechselverhältnis von staatlicher und gesellschaftlicher Dimension im gekennzeichneten Sinne betonte, lehnte er eine Staatswissenschaft, eine „Politik“ ab, die die Staatenentwicklung ausschließlich aus sich im Prinzip wiederholenden *endogenen* Prozessen zu erfassen versuchte und von da zu (Wiederholung implizierenden) Stufentheorien und Klassifikationen fortschritt. Staaten, aber auch (ohne daß er dies durchgeführt hätte) Gesellschaften und bis zu einem gewissen Grad auch Wirtschaftssysteme begriff er immer auch in ihrem jeweils wechselnden und deshalb sich einer „vergleichenden Morphologie“ im Sinne Linnés oder Roschers – man könnte ergänzen: Schmollers und heute Rostows – entziehenden Stellenwert, den sie im übergreifenden und letztlich singulären historischen Entwicklungszusammenhang einnahmen. Für Hintze durchkreuzt sozusagen der komplexe und nicht auf einen Begriff zu bringende weltgeschichtliche Entwicklungszusammenhang, in dem verschiedene Staaten, Gesellschaften, Wirtschaftssysteme jeweils verschiedene Plätze einnehmen, die möglicherweise in ihnen herrschende Tendenz, sich gemäß allgemein geltenden Regeln, nach generellen Stufenfolgen fortzuentwickeln<sup>26</sup>. Hintzes Programm zielte nun nicht darauf ab, auf eine strikt individualisierende Betrachtungsweise zurückzufallen, sondern jene Prozesse der gesamtgeschichtlich induzierten Durchkreuzungen, Abweichungen und Verschiedenartigkeiten ihrerseits als typische, wenn auch nicht universell-generelle zu ordnen und zu begreifen<sup>27</sup>. Ihm schwebte letztlich ein „System der allgemeinen Staats- und Gesellschaftslehre“ auf empirisch-historischer Grundlage vor, das aus einer umfassenden, vergleichenden Verfassungs- und Sozialgeschichte hervorgehen und an die Tradition der wissenschaftlichen „Politik“ der Leo, Dahlmann, Waitz und Treitschke anschließen sollte, allerdings ohne deren normative und auf unmittelbare Handlungsanweisungen gerichtete Zielsetzung, jedoch mit dem Anspruch, in der historischen Entwicklung „die kausale Erklärung der gegenwärtigen Verhältnisse als auch eine Andeutung für die Tendenzen ihrer weiteren Fortbildung zu finden“<sup>28</sup>.

Hintzes historiographische und methodologische Position hatte ihre politische Dimension, die er bewußt akzeptierte. Der Gegenwarts- und vermittelte Praxisbezug seiner Wissenschaft stand für ihn außer jeder Frage<sup>29</sup>; publizistisch versuchte er, ihn zu verwirklichen. Mit der großen Bedeutung, die die außenpolitische Machtentfaltung innerhalb eines von Rivalität und traditionell-kulturgemeinschaftlicher Solidarität bestimmten, zum Gleichgewicht tendierenden europäischen, später globalen Mächtesystems für sein Geschichtsdenken hatte, hing wechselseitig seine Unterstützung deutscher „Weltmacht-politik“ (einschließlich des Flottenbaus) zusammen, soweit – und nur so interpretierte er das deutsche Streben nach dem „Platz an der Sonne“ – sie auf gleichberechtigte Einordnung in ein sich erweiterndes Balancesystem souveräner Staaten, nicht aber – wie in seinen Augen England – „imperialistisch“ auf Sprengung eines solchen Systems und auf Weltherrschaft zielte. In der Ranke-Tradition stehend, hielt er an dem Postulat eines im Grunde solidarischen Systems souveräner Staaten fest, wobei er wiederum die gegenüber früheren Jahrhunderten neuen, in der ökonomischen Expansion und der Massenmobilisierung liegenden Sprengkräfte unterschätzte (I, 457–69, 403 f.).

Seine Auffassung von der relativen Individualität der Staatsbildung und Verfassungsentwicklung sowie von deren außenpolitisch-geographischer Bedingtheit machte es ihm leicht, die deutsche Verfassungsentwicklung in ihrem Unterschied zu den parlamentarischen Parteienregierungen Westeuropas zu rechtfertigen und einen allgemeinen historischen Trend zur Parlamentarisierung zu verneinen. Durchaus zutreffend erkannte er die Funktionsweisen eines parlamentarischen Systems (einschließlich der damals häufig wissenschaftlich vernachlässigten Parteien und Verbände), unterschied es vom präsidentiellen Amerikas und vom monarchisch-konstitutionellen Militär- und Beamtenstaat Preußen-Deutschlands. Zutreffend erkannte er wichtige strukturelle Hindernisse einer Parlamentarisierung Deutschlands: die föderalistische Struktur, die Zersplitterung und Polarisierung stark ideologischer Parteien, die tiefe „Zerklüftung“ der deutschen Gesellschaft nach Klassen, Konfessionen und Regionen, den Mangel an „innerer Solidarität des Volksganzen“. Häufig näherte er sich der Kritik des Wilhelminischen Systems um Haaresbreite, etwa wenn er den desolaten Zustand der Parteien *auch* als Folge des Regierungssystems und die Radikalität der Sozialdemokratie als eine „Komplementärserscheinung der straffen monarchisch-militärischen Organisation unseres Staatswesens“ verstand (I, 422 f.). Er bedauerte sogar, daß unter dem Wilhelminischen Regierungssystem „unser öffentliches Leben in eine gewisse

Stoßung geraten“ sei (I, 456); er forderte mit K. A. v. Hardenberg „demokratische Institutionen unter einer monarchischen Regierung“, doch sah er als konkrete Schritte in diese Richtung lediglich: Sozialpolitik und politische Erziehung; er erhoffte die „Stärkung des Gemeingeistes und die Verbreitung und Befestigung der Auffassung, daß der Staat nicht bloß die Sache der Regierung, sondern des Volkes ist“ — doch: „Unser monarchischer Militär- und Beamtenstaat muß erhalten bleiben“ und mit ihm seine „starke[n] monarchische[n] Regierung . . . , die über den Parteien steht, die den Klassenkampf verhütet und den gesamten Volkskörper zwingt, sich straff zusammenzunehmen.“<sup>30</sup> Bis in den Krieg hinein und selbst noch in seinen Verfassungsreformvorschlägen von 1917 lehnte er es im Interesse der nationalen Einheit und Stärke ab, die beobachteten sozialen und parteilichen Konflikte im Regierungssystem voll zur Austragung kommen zu lassen. Vielleicht, so gestand er zu, sei eine langfristige gesellschaftliche Integration von der Parlamentarisierung zu erwarten. „Aber wer wollte es darauf ankommen lassen!“<sup>31</sup>

Besonders angesichts seiner bedrohten außenpolitischen Situation könne sich Deutschland die Parlamentarisierung nicht leisten; die „historisch-politischen Notwendigkeiten“, die „Logik der Geschichte“ und seine „politischen Aufgaben“ (I, 405, 408) erforderten den monarchisch-konstitutionellen Militär- und Beamtenstaat, dessen größere Effizienz und bessere Behauptungsfähigkeit (im Vergleich zum parlamentarischen System) jedenfalls unter deutschen Bedingungen für Hintze außer Frage standen. Es scheint, als ob diese Meinung nicht nur das Resultat einer nüchternen empirischen Situationsanalyse war, die man zudem gerade angesichts der späteren Weltkriegserfahrungen durchaus in Frage stellen könnte; vielmehr dürfte sie zugleich aus Hintzes allgemeiner Konzeption über Staat und Gesellschaft resultiert haben. Diese Konzeption stammte nicht nur aus dem preußischen Militär- und Beamtenstaat, sie enthielt auch dessen Rechtfertigung; in ihrem Kern beschrieb sie nämlich einen an die Verfassung gebundenen, aber von den gesellschaftlichen Interessen relativ unabhängigen, machtvoll-effizienten und sozialgerechten Staat als wünschenswert, von dem aus gesehen der Parteien- und Klassenstaat Großbritanniens — ihm gegenüber wandte Hintze eine soziologische Betrachtungsweise durchaus an! (z. B. I, 364) — lediglich als unvollkommene Abweichung erschien. Die Hochachtung und das Verständnis für preußisches Beamtentum und Beamtentugenden durchzieht Hintzes ganzes Werk bis in den Weltkrieg hinein, über den „Beamtenstand“ hat er 1911 seine beste sozialgeschichtlich-soziologische Studie geschrieben (II, 66–125).

Nach der relativen Klassegebundenheit, aus der sich ja auch die preußisch-deutsche Beamtenschaft nicht befreien konnte, nach dem möglichen Klasseninhalt ihrer Politik fragte er nicht<sup>32</sup>. Er teilte auch nicht die Furcht Max Webers vor der bürokratischen Erstickung von Charisma, Politik, Unternehmertum und individueller Handlungsfreiheit schlechthin. Hintze war durch Herkunft und Ausbildung, durch Temperament und politische Ansichten stark an die preußische Beamtentradition gebunden; sein Blickwinkel und seine Methode, seine Arbeiten und sein Habitus enthielten selbst viel von dem, was er an Beamtenvorzügen zu Recht hervorhob und an Beamtengrenzen zuwenig kritisierte; es wäre reizvoll sein gesamtes Werk unter diesem Gesichtspunkt zu interpretieren.

Auf der Basis dieser Einstellungen gehörte Hintze im Weltkrieg zur ersten Garnitur und eher zum rechten Flügel jener gemäßigt liberal-konservativen Gelehrten, die die deutsche Sache publizistisch mit großem Einsatz unterstützten, in der Regel Annexionen ablehnten (wenigstens in der zweiten Kriegshälfte) und je länger desto mehr für demokratisierende Anpassungsreformen eintraten<sup>33</sup>.

Die Niederlage, der politische Zusammenbruch, die Revolution trafen Hintze im Kern und bedeuteten auch für seine wissenschaftliche Arbeit einen tiefen Einschnitt. In dieser „großen politisch-nationalen und kulturellen Schicksalswende“ schrieb der kranke, sich aus der Lehre zurückziehende Hintze an seinen Freund Meinecke: „Auch wenn meine Kraft nicht in dem Maße, wie es der Fall ist, gebrochen wäre, könnte ich mich des Gefühls, daß es abwärts mit uns geht, schwerlich erwehren.“<sup>34</sup> Er stellte sich nicht gegen den neuen Staat, identifizierte sich aber auch nicht einmal im Sinne seiner „vernunftrepublikanischen“ Freunde mit ihm; er publizierte nur noch wenig über gegenwartspolitische Fragen und verharrte in einer zurückgezogenen, „kontemplativen Haltung“ voll Skepsis gegenüber der neuen Demokratie und ihrer außenpolitischen Impotenz<sup>35</sup>. Am ehesten äußerte er seinen Protest gegen die tief in die deutsche Souveränität einschneidenden Bedingungen des Versailler Vertrags. „Man sollte sich nicht einbilden, politische Freiheit und Selbstbestimmung besitzen zu können ohne die elementaren Grundlagen politischer Macht.“<sup>36</sup> Doch trieb ihn der deutsche Machtverlust schon aus „realpolitischen“ Gründen dazu, neben der Macht das Recht als Element in den internationalen Beziehungen stärker als früher zu betonen<sup>37</sup>. Langfristig glaubte er, Tendenzen zu erkennen, die das im Krieg gescheiterte Nationalstaatssystem der vergangenen Jahrhunderte durch neue „föderalistische“ Formen internationaler Kooperationen und Abhängigkeit ergänzen und wandeln würden (II, 210 ff.).

In seinen wissenschaftlichen Arbeiten trat das Thema Preußen nun weitgehend in den Hintergrund. In seinen letzten verfassungs- und sozialgeschichtlichen Vergleichen (I, 470–502) trat Preußen als „Paradigma“ eindeutig hinter England und Frankreich zurück! Seine verwaltungsgeschichtlichen Studien wandten sich seit dem Weltkrieg stärker der vorabsolutistischen Zeit und damit fast zwangsläufig intensiver den Problemen der regionalen, lokalen und Selbstverwaltung zu<sup>38</sup>. Sie bildeten damit Vorarbeiten für seine großartigen Untersuchungen „Wesen und Verbreitung des Feudalismus“ (1929), „Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes“ (1930) und „Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassungen“ (1931) (I, 84–185). Die demokratischen Aspekte der Gesellschafts- und Staatsentwicklung, die Hintze mit dem Begriff „genossenschaftlich“ (in Abgrenzung zu „herrschaftlich“) und mit der neu von Schmalenbach übernommenen Kategorie des „Bundes“ zu erfassen versuchte, wurden in seinen Studien aus der Zwischenkriegszeit stärker beachtet als vor 1914.<sup>39</sup>

Hintzes Zentralbegriff, der Begriff des Staates, veränderte sich. Immer wieder nach 1918/19 betonte er, daß die frühere „Andacht zum Staate“, das Gefühl für die „Majestät des Staates“ einem kritischeren, mißtrauischeren Verhältnis Platz gemacht hätten<sup>40</sup>. Er vergleicht den Staat nun mit der wirtschaftlichen Unternehmung, was ihm früher „fast als eine Blasphemie erschienen“ wäre, und definiert ihn im „Licht der neuen Sachlichkeit“, als „Betrieb“ und „Anstalt“, als ein „organisiertes System von Einrichtungen zur Beherrschung der Menschen, aus denen er besteht, und zur Wahrnehmung ihrer gemeinschaftlichen Interessen“ (II, 205–207). Damit hatte Hintze sich einem soziologischen Staatsverständnis angenähert, das die Bedingungen und Zwecke des Staates primär außerhalb seiner selbst, im gesellschaftlichen Bereich, suchte und es dem Verfassungs- und Sozialhistoriker erleichterte, in seinen Altersaufsätze die Perspektive „vom Staate her“ wenn auch nicht aufzugeben, so doch stärker zu relativieren und noch flexibler und offener zu handhaben als zuvor. Ausdrücklich verneinte er nun die These vom „Supremat der auswärtigen Politik“. „Die innere soziale Lagerung bestimmt weitgehend die Möglichkeiten der Politik, wie andererseits die ganze Gestalt und Struktur des Staates abhängig ist von seinen äußeren Existenzbedingungen. Eine Generalklausel für die hier obwaltenden Wechselbeziehungen gibt es nicht. Hier entscheiden in der Theorie wie in der Praxis die individuellen Verhältnisse und der Takt in ihrer Erfassung und Verknüpfung“ (II, 286). In seiner Auseinandersetzung mit Sombart betonte er gegen diesen zwar wiederum die Rolle des Staates bei der Ausbildung des modernen Kapitalismus,

jedoch sah er jetzt stärker als früher in der nachmerkantilistischen Zeit das umgekehrte Wirkungs- und Abhängigkeitsverhältnis am Werk (II, 448). In der Untersuchung „Wesen und Wandlung des modernen Staats“ von 1931 (I, 470–496), die Hintzes kurze, kritische Einordnung des sowjetischen und des faschistischen Systems in die vom bürgerlich-liberalen Nationalstaat wegführende, in ihrem Ziel und Begriff noch nicht erkennbare, in Grundzügen jedoch treffend beschriebene allgemeine Entwicklung enthält (I, 493 ff.)<sup>41</sup>, analysiert der 70jährige äußerst scharfsichtig zentrale Veränderungen des Organisierten Kapitalismus und beweist die Weite seines Blicks u. a. durch Einbeziehung der sich verändernden Familienstruktur und des Erziehungswesens in seine Gedankenführung (I, 487, 490–492). Bezeichnenderweise entdeckte er jetzt Brauchbares im Historischen Materialismus, wenn er auch dessen Ausschließlichkeitsanspruch und Tendenz zur Monokausalität wie jede andere dogmatische Formel weiterhin ablehnte<sup>42</sup>. Andererseits blieb sein Begriff von Bürokratie seinem früheren vom Beamtentum auch in der neuen Sprache sehr ähnlich: klassenneutral und überparteilich galt sie ihm jetzt, als rationell und sachlich arbeitende Stütze des Staatsgebäudes (II, 208). Demokratische Tendenzen hatte sein Staatsbegriff nicht hinzugewonnen, seinen metaphysischen Glanz dagegen abgelegt.

Die Veränderung seiner Perspektive gegenüber Staat und Gesellschaft war Teil eines ähnlich vom Kriegs- und Zusammenbruchserlebnis mitbedingten, verstärkten Durchbruchs zur Soziologie. In der ausführlichen Auseinandersetzung mit Max Weber wie mit weiteren historisch orientierten Vertretern der systematischen Nachbarwissenschaften<sup>43</sup> gelang es ihm, als einzigem deutschen Historiker der Zwischenkriegszeit, theoretisch und praktisch eine gewisse Integration und zugleich Abgrenzung von Geschichtswissenschaft und Soziologie vorzunehmen, seine Theorie von Geschichte und geschichtlichem Erkennen weiterzuentwickeln und seine Methoden, vor allem in ihren strukturgeschichtlichen und typologisch-vergleichenden Aspekten, zu vervollkommen.

Hintze hielt an den skizzierten Grundzügen seines doppelschichtigen Wirklichkeitsbegriffs fest, löste ihn jedoch von der Identifikation mit dem Spannungsverhältnis Gesellschaft-Staat. Er unterschied „zwei rhythmisch verschiedene Grundformen in der Auffassung des historischen Werdezusammenhangs . . . , von denen die eine, die evolutionäre, mehr den unbewußt-triebhaft wirkenden, die andere, die dialektische, mehr den bewußt-geistigen Faktoren sich anpaßt“ (II, 348). Zu jenen rechnete er u. a. Bevölkerungsbewegungen, Produktionsverhältnisse sowie die Anfänge sozialer Differenzierung, die Entstehung von sozialen Gegensätzen, von Herrschaftsverbänden

und Staaten; zu diesen zählte er offenbar die bewußten Entscheidungen, Handlungen, die Kulturen und Religionen. Stärker als 1897 betonte er die gegenseitige Durchdringung der beiden Dimensionen. Klarer als um die Jahrhundertwende begriff er jetzt, daß die überindividuellen, dem subjektiven Wollen und Handeln vorgegebenen „Verhältnisse“ eine gewisse „Eigengesetzlichkeit“ besitzen (II, 172, 330, 389 ff.), die sich der individuellen Entscheidung und Willkür, ja häufig sogar dem individuellen Bewußtsein entzieht. Sowohl für die individuell-persönliche Ebene wie für die historischen Entwicklungszusammenhänge überhaupt kam Hintze außerdem zunehmend zu dem Schluß, daß im Konflikt zwischen Geist und materiellen Interessen jener meist den kürzeren ziehe (II, 170–177, 349). Diese Einsichten, die einem teils fatalistischen, teils trotzig-resignativen Zug in Hintzes Denken zur Verstärkung verhalfen, implizierten zugleich eine prinzipielle Absage an reine Geistesgeschichte. Außerdem erleichterten sie es Hintze, sich die Grundeinsicht jeder strukturgeschichtlich-analytischen Methodologie zu erschließen, nämlich die, daß – in unseren Worten – die historisch interessierenden Entwicklungsprozesse nicht in dem aufgehen, was die Menschen wechselseitig intendieren, daß die objektiven geschichtlichen Strukturen und Prozesse, vor allem die sozialökonomischen Verhältnisse und sozialen Bewegungen, nicht in psychologische oder sozialpsychologische aufgelöst werden können<sup>44</sup>. Indem er nunmehr die Gesamtheit des unbewußten und bewußten Werdezusammenhangs als Forschungsgegenstand des Historikers akzeptierte, erhob sich für ihn verschärft die Frage nach den angemessenen Methoden, diesen Zusammenhang zu erkennen und zu begreifen.

Hintze bestand auf der partiellen Berechtigung der „pragmatischen“ Geschichtsbetrachtung, d. h. der forschend-verstehenden, individuell-hermeneutischen „Erklärung historischer Vorgänge durch psychologische Motivierung“ (II, 330–333). Zeitweise schien ihm der besondere Reiz der Weberschen Soziologie gerade darin zu liegen, daß sie ebenfalls darauf abziele, „die sozialen Erscheinungen aus dem sozialen Handeln der einzelnen deutend zu verstehen“, d. h. auf „sinnhaft motivierte[s] Handeln von Individuen“ zu reduzieren (II, 141, 264 f.). Daß er damit Weber übermäßig verkürzte, interessiert in diesem Zusammenhang weniger als die Tatsache, daß er mit einer solchen Festlegung auf die verstehende Methode auch seine eigenen Intentionen nicht angemessen beschrieb. Wußte er doch andererseits nur zu gut, daß alle überindividuellen Zusammenhänge, insbesondere aber jener so mächtige und für Hintze immer interessanter werdende, weitgehend unbewußte „Untergrund der geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit“ (II, 344) mit „pragmatischer“ Geschichts-

forschung nicht zu erschließen waren. In dem, was er sehr im Unterschied zum heutigen Sprachgebrauch „Historismus“ nannte<sup>45</sup>, sah er denn auch die notwendige, sozusagen strukturgeschichtliche Ergänzung zum „pragmatischen“, hermeneutisch-individuellen Sinnverstehen: Seine Kategorien „Individualität“ und „Entwicklung“ bezogen sich auf überindividuelle (im Sinne von überpersönlichen) Strukturen und Prozesse, auf Kollektiv-Individualitäten wie Klassen, Staaten, Kulturzeitalter oder Revolutionen in ihrem Charakter als Untersuchungsgegenstände des Historikers.

Zwei Schritte unterscheidet er bei ihrer Erforschung: Zunächst — auf der Ebene des Vorverständnisses — müsse der Historiker sie sich durch einen vorläufigen Akt „anschaulicher Abstraktion“ erschließen, bzw. konstituieren; Hintzes Beeinflussung durch Dilthey wird klar, wenn er meint, dieser weitgehend intuitive Akt werde durch das allen „wohl vertraute Erlebnis“ der menschlichen, biologischen und psychologischen, Lebenseinheit (in ihrer Entwicklung in der Zeit) gelenkt und resultiere sozusagen in einem anthropomorphen Analogon zur Lebenseinheit und zum Lebensprozeß im überpersönlich-gesamtgeschichtlichen Bereich (II, 334—343). Hintze gibt jedoch in anderem Zusammenhang zu, daß bei der Bildung solcher „anschaulichen Abstraktionen“ Willkür eine Rolle spiele (I, 470). Indem er — zugleich gegen Rickert (und implizit auch gegen Max Weber) gewandt — verneint, daß Werte und davon beeinflusste Gesichtspunkte der Individuen für die Konstitution der „anschaulichen Abstraktionen“ eine Rolle spielten, versperrt er sich damit den Weg zu einer Theorie des wissenschaftlichen Vorverständnisses, die den Zusammenhang zwischen historischer Begriffsbildung und Erkenntnis einerseits und den von Hintze ja immer betonten gegenwartsbezogenen, sozial bedingten Interessen des Historikers andererseits erfaßt hätte.

In einem zweiten Schritt (dessen vielfältige und mit dem historischen Gegenstand wechselnde Formen und Bestandteile Hintze nur ungenügend entwickelte) gehe es dem Historiker darum, sein Vorverständnis „durch das analytische Verfahren des rationalen Denkens auf empirischer Grundlage“ zu kontrollieren, zu bestätigen, zu modifizieren oder zu verwerfen (II, 338). Verschiedene Verfahren stehen ihm nach Hintze dafür zur Verfügung: Neben psychologisch-erklärenden Methoden, die immer das Wechselverhältnis von Individuen und Kollektivkräften zu berücksichtigen haben und für Hintze nicht mit intuitivem Verstehen gleichzusetzen sind (II, 350—352), kennt er vor allem die kausal-funktionale, in seiner eigenen Praxis vorherrschende Analyse überpersönlicher, den Individuen nicht unbedingt bewußt werdender „Zweckzusammenhänge“ (II,

339, 342, 274); schließlich akzeptiert er, bei aller generellen Ablehnung des am naturwissenschaftlichen Modell orientierten methodologischen „Naturalismus“ (II, 325, 332), auch vorsichtig angewandte, vor allem bei der Erforschung des historisch-gesellschaftlichen „Untergrunds“ brauchbare, kausalanalytische, empirisch-nomologische Methoden, die zu „vergleichenden Massenbeobachtungen“, zur Aufstellung von „typischen Entwicklungsreihen“ und „sogenannten historischen Gesetzen“ führen (II, 344 f.). Da sich im realen Geschichtsverlauf bewußte Aktionen und unbewußte, individuell nicht verfügbare Entwicklungen ständig „überkreuzen“, besteht auch für Hintze das Ziel in der flexiblen Verbindung solch analytischer Methoden mit dem individuell-hermeneutischen Sinnverstehen Droysenscher Provenienz. „[E]s bedarf eben verschiedener, nach den Objekten wechselnder, aber zugleich doch auch von dem betrachtenden Subjekt und seiner Denkrichtung bestimmter Schemata, um den ungeheuer vielgestaltigen und komplizierten Inhalt des Weltgeschehens in eine für unser Denkvermögen faßbare Form zu bringen“ (II, 355). Es ist bezeichnend für die Situation in Deutschland um 1930, daß Hintze es zunehmend – und in Umkehrung seiner Prioritäten um die Jahrhundertwende – für nötig hielt, vor einer Psychologisierung und Spiritualisierung der Geschichtswissenschaft und der Gesellschaftswissenschaften zu warnen, und das hieß zugleich: die strukturgeschichtliche Erforschung der objektiven Verhältnisse als Bedingungen menschlichen Geistes, Bewußtseins und Handelns pointiert zu fordern<sup>46</sup>.

Auf der Basis seiner eigenen Praxis, beeinflusst von Heinrich Maier und Max Weber, entwickelte Hintze die Ansätze zu einer historisch-soziologischen Typenlehre, mit der er die kollektiven Individualitäten und überpersönlichen Entwicklungen in den Griff zu bekommen versuchte. Typenbegriffe sollten der relativen Vergleichbarkeit und zugleich der relativen Singularität historischer Phänomene gerecht werden. Sie sollten seine Geschichtswissenschaft auf der einen Seite vom Vorgehen der Naturwissenschaften und der neuen formalen, unhistorischen Soziologenschulen<sup>47</sup>, andererseits von den allzusehr das Individuelle betonenden, tatsachenfixierten, begriffs- und theoriefeindlichen Historikerschulen abgrenzen<sup>48</sup>. Ein Typ oder Idealtyp in seinem Sinne war eine „anschauliche Abstraktion“. „Aus dem Erfahrungsmaterial . . . werden nach Ermessen, also nicht ohne eine gewisse Willkür, charakteristische Züge ausgesondert, die dann zu ideeller Reinheit gesteigert und durch einen konstruktiven geistigen Akt miteinander verbunden werden zu einem lebensvollen Ganzen, das zwar selbst keine konkrete Wirklichkeit ist und zu sein beansprucht, wohl aber aller historisch-gesellschaftlichen Wirklich-

keit zugrunde liegt, und das wir als Orientierungsmittel in der verwirrenden Fülle der Erscheinungen und als Maßstab des wissenschaftlichen Urteils gar nicht entbehren können“ (I, 470). Er betonte gegen Weber — dem er dadurch aber nicht ganz gerecht wurde —, daß solche Abstraktionen, wenn auch auf besondere Weise, von der Realität abgezogen seien, also auch als „Realtypen“ bezeichnet werden könnten (II, 145 f.). Er erkannte, daß Typenbildung sowohl auf Vergleich fuße wie auch Vergleich ermögliche, obwohl das als typisch Gefaßte zugleich eine individuelle historische Erscheinung, ein Moment der letztlich singulären Gesamtentwicklung sei (II, 251; I, 85). Im Unterschied zu soziologischen Typen verlangte er von historischen Typen, daß sie *auch* „funktionell“ und dynamisch, statt nur „substantiell“ oder morphologisch seien, um die historische *Entwicklung* in den Griff zu bekommen (II, 144, 269, 276).

In der theoretischen Forderung und in der praktischen Durchführung der Historisierung von Allgemein- und Typenbegriffen liegt eine von Hintzes größten Leistungen. Immer wieder enthüllte er die oft schwer sichtbare historische Substanz und Bedingtheit von sozialwissenschaftlichen Allgemeinbegriffen, so etwa in seiner Kritik des auf die Geschichte angewandten Rassebegriffs (II, 60 ff.; I, 425) und in seiner Auseinandersetzung mit Oppenheimer (II, 246, 251 f., 256). Vor allem aber in seinem Akademiebericht „Wesen und Wandlung des modernen Staats“ (1931) gelang es ihm in einer methodologisch auch für heute beispielhaften Weise, den Typus „moderner Staat“ in seiner Tendenzhaftigkeit und (von der Gegenwart aus) Zielgerichtetheit zu begreifen, ineinander übergehende historische Stadien innerhalb seiner zu unterscheiden und vier verschiedene Abstraktionen in ihm zu differenzieren, die sich „wie bei einem Buntdruck“ mit zeitlichen Verschiebungen übereinander lagerten (I, 470—496, bes. 475 f., 488). Der historische Typenbegriff löste in Hintzes Augen die Vermittlung von Theorie und Historie, wie er insbesondere am Kapitalismusbegriff zu zeigen versuchte (II, 379).

Die Historizität der Begriffsbildung begriff Hintze zu Recht als einen der — allerdings wohl nur graduellen — Unterschiede zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie, die andererseits auch nach seiner Meinung „weithin im Gemenge liegen“, weithin denselben Untersuchungsgegenstand haben und vielseitig aufeinander angewiesen sind (II, 251). Daneben sah er einen Unterschied zwischen historischer Soziologie und Sozialgeschichte darin, „daß der Geschichte die Erforschung und Darstellung der konkreten Sinnzusammenhänge des sozialen Handelns zufällt, während die Soziologie sich mit den auf Grund ihrer gebildeten Abstraktion zu beschäftigen hat“<sup>40</sup>. Entsprechend ziele das vergleichende Verfahren in der Soziologie darauf

ab, „ein Allgemeines zu finden, das dem Vergleichenen zugrunde liegt“; dem Historiker aber gehe es darum, „den einen der verglichenen Gegenstände in seiner Individualität schärfer zu erfassen und von dem anderen abzuheben“ (II, 250, 251). Hier überzeichnete Hintze und polarisierte einen in Wahrheit graduellen Unterschied, indem er die Arbeit des Historikers in einer engen Weise beschrieb, über die in Wirklichkeit er selbst durch strukturgeschichtliches Vorgehen, durch häufiges vergleichendes Herausarbeiten von Gemeinsamem und durch die Verflüssigung des Unterschiedes zwischen Individuellem und Allgemeinem in großartiger Weise hinausgeführt hatte. In seiner Kritik an Sombart machte er dagegen einen wichtigen, auch heute aktuellen Unterschied zwischen der Geschichte und ihren systematischen Nachbarwissenschaften klar: der Soziologie und Nationalökonomie mag es bis zu einem hohen Grad erlaubt sein, ihren Gegenstand aus seinen vielfältigen Wirklichkeitsbezügen herauszulösen; trotz der unbestreitbaren Notwendigkeit von Selektion und Abstraktion in der Geschichtsforschung kann diese doch bei der Untersuchung einzelner Gegenstände von deren Stellung und Funktion im geschichtlichen Gesamtzusammenhang nur sehr begrenzt absehen (II, 376). Hintze gehört zu den wenigen, die diese weitreichende Forderung eingelöst haben, ohne in Begriffslosigkeit oder Dilettantismus zu enden.

### Anmerkungen

\* Hintzes Arbeiten werden, soweit wie möglich, nach der von G. Oestreich besorgten Neuauflage der Ges. Abhandlungen (s. Bibliograph. Hinweise, Titelverz. Nr. 1) zitiert, wobei sich die römische Ziffer auf die Band-, die arabische auf die Seitenzahlen beziehen. Die als selbständig zitierten Schriften Hintzes sind nicht in den Ges. Abhandlungen enthalten.

<sup>1</sup> Gedruckt als: Das Königtum Wilhelms von Holland, Leipzig 1885.

<sup>2</sup> Der österreichische Staatsrat im 16. und 17. Jh., Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 8 (Germanist. Abt.) 1887, 137–64.

<sup>3</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 2 u. 4.

<sup>4</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 3.

<sup>5</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 5.

<sup>6</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 6, 745.

<sup>7</sup> Rez. v. Th. Mayer, Die Verwaltungsorganisation Maximilians I., Schmollers Jahrbuch 45. 1921, 1211.

<sup>8</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 4, 3–56; im Prinzip ähnlich für 1700: III, 318–418.

<sup>8a</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 4, 19, 31.

<sup>9</sup> So am klarsten 1903 in: „Die Industrialisierungspolitik Friedrich des Großen“, in: Historische u. Politische Aufsätze, II, <sup>2</sup>Berlin o. J., 131 f.; daneben die Rez. von H. Prutz, Preußische Geschichte, Forschungen zur brandenburgischen u. preußischen Geschichte 13. 1900, 280: „Die preußische

Geschichte sollte . . . zugleich ein Kursus politischer Propädeutik sein.“

<sup>10</sup> Auch an anderen Stellen fällt der weitgehende Verzicht Hintzes auf eine Kritik der Hohenzollern-Politik auf. Vgl. Titelverz. Nr. 7, 322 f. (Friedrichs Verhältnis zum Krieg), 339 f. (Staatsräson vor Moral), 345, 349 (Unterdrückung der Städteteilheiten), 389 (Bewertung der ersten polnischen Teilung), 584 ff. (Beurteilung des Verfassungskonflikts); Titelverz. Nr. 5, 92 ff. zu Wilhelm II.

<sup>11</sup> Ansätze gleichwohl in Titelverz. Nr. 2, 246 f. und „Die Hohenzollern und der Adel“ (III, 30–55).

<sup>12</sup> Eine gewisse Überschätzung der absolutistischen Modernisierungsleistung und die weitgehende Ignorierung ihrer sozialen Kosten kritisierte bereits J. Ziekursch an dem Verfasser des Hohenzollern-Buches: HZ 116, 1916, 292 f.

<sup>13</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 6, 745–47.

<sup>14</sup> Ebd., 746.

<sup>15</sup> Vgl. I, 407 f.; II, 26. Dem entspricht seine Meinung, daß Fortschritt primär oder nur von individuellen Anstößen erwartet werden könne (II, 318, u. I, 499).

<sup>16</sup> Vgl. Titelverz. Nr. 7, 397, 399.

<sup>17</sup> Bes. klar: I, 39–42.

<sup>18</sup> Neben dem Seeley-Zitat, das erst im Krieg eine gewisse demokratische Umdeutung erfuhr, vgl. seine doch wohl etwas verharmlosende Behandlung der Militär- und Sozialverfassung im Preußen des 18. Jhs. (III, 14 f.), wo sein Sinn für individuelle Freiheit und Würde nicht recht zum Tragen kommt.

<sup>19</sup> Vgl. das Fehlen der demokratischen Komponente in der kurzen Charakterisierung der Französischen Revolution: in II, 59 f.; zu Preußen 1848: III, 26 f. und Titelverz. Nr. 7, 527 ff. In I, 413–419 wird die Revolution scharfsichtig als Erklärungsfaktor in einer vergleichenden Verfassungsanalyse eingeführt, sie wird selbst jedoch nicht erklärt.

<sup>20</sup> Die Ähnlichkeit betont in I, 468 f. Sozialimperialistische Aspekte entgehen ihm weithin.

<sup>21</sup> I, 379, 400.

<sup>22</sup> So am klarsten in seiner Roscher-Kritik von 1897 in II, 3–45, bes. 12 ff., 20 f., 30, 32 f. (hieraus auch die Zitate).

<sup>23</sup> II, 321. Vgl. das genau entgegengesetzte methodologische Votum Meineskes in „Die Entstehung des Historismus“ (Werke, III), München 1959, 6.

<sup>24</sup> Vgl. I, 39, 44, 48, 50 f., 55, 468 und immer wieder; daneben seine Besprechungen v. Gumplowicz, Sociologie u. Politik, Schmollers Jb. 21, 1897, 363 f.; u. von L. M. Hartmann, Über Historische Entwicklung, ebd., 29, 1905, 403–408.

<sup>25</sup> Besonders deutlich in II, 316 f. (1897). Die im selben Jahr erscheinende Roscher-Kritik ist gleichwohl schon voll von Struktur- und Prozeßbegriffen, die sich nicht ausschließlich auf massenpsychologische Vorgänge beziehen.

<sup>26</sup> Eine solche Tendenz zur „normalen“, regelmäßigen, endogenen Entwicklung, die durch weltgeschichtliche Konstellationen durchkreuzt und ab-

gelenkt wird, nahm Hintze etwa im Feudalismus-Aufsatz durchaus an (bes. I, 101). Vgl. auch II, 20, 21.

<sup>27</sup> Diese hier äußerst verkürzt und vielleicht übermäßig klar zusammengefaßte Argumentation vor allem in II, 3–45.

<sup>28</sup> Hintze hielt entsprechende Vorlesungen regelmäßig seit 1898. Vgl. vor allem seine Bespr. v. R. Kjellén, Grundriß zu einem System der Politik, 1920, Schmollers Jb. 45. 1921, 266–271 (Zitate 268, 271); u. von F. C. Dahlmann, Die Politik, Neuauf. 1927, Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft 79. 1925, 728–731; sowie Oestreich, in: II, 30 ff.

<sup>29</sup> I, 418 f., 457; Titelverz. Nr. 6, 746 f.

<sup>30</sup> Titelverz. Nr. 5, 91–95.

<sup>31</sup> I, 423. Am weitesten geht Hintze mit seiner Kritik 1913 in I, 455 f. — Seine Verfassungsvorstellungen 1917 gingen davon aus, daß eine gewisse Demokratisierung, insbesondere des preußischen Wahlrechts, unvermeidlich geworden sei. Um dadurch die Regierung nicht völlig zur Parteienregierung degenerieren zu lassen, schlug er einen Ausbau des Herrenhauses zum Ständehaus und die Straffung der preußischen Regierungsorganisation vor. Vgl. seine Aufsätze: Die Demokratisierung der preußischen Verfassung, Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, 2. 1917, 453–459; Zur Reform des preußischen Wahlrechts, ebd., 432–435.

<sup>32</sup> Vgl. aber die schwache Andeutung in I, 456 unten. Die Darstellung von Hintzes politischen Ideen vor allem nach den Aufsätzen in I, 359–469, Titelverz. Nr. 5 und den in der vorigen Anm. erwähnten zwei Weltkriegsaufsätzen.

<sup>33</sup> Neben den beiden in Anm. 29 zitierten Aufsätzen von 1917 vgl. „Deutschland und das Weltstaatensystem“ und „Der Sinn des Krieges“ in: O. Hintze, u. a. Hrg., Deutschland u. der Weltkrieg, Leipzig 1915, 3–51, 677–686, sowie die bibliographischen Angaben in I, 566–567.

<sup>34</sup> Am 30. Aug. 1921. Mitgeteilt von Oestreich, II, 7.

<sup>35</sup> Vgl. seine Distanz gegenüber L. Bergsträssers demokratischer Grundrichtung, in: Schmollers Jb. 45. 1921, 287. Sehr deutlich 1931: I, 495 f.

<sup>36</sup> So 1930 in II, 518.

<sup>37</sup> Vgl. die Besprechung der Hegel-Bücher von Rosenzweig und Heller in: Schmollers Jb. 45. 1921, 292; sowie seine Besprechung von O. Spengler: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft 79. 1925, 546 f.

<sup>38</sup> Vgl. den Überblick Oestreichs, III, 23 ff.

<sup>39</sup> Bereits in: Die Demokratisierung der preußischen Verfassung (Anm. 31 oben), 453–455 1917. 1926 kritisierte er Max Webers Vernachlässigung des „genossenschaftlichen“ Moments und offerierte die Kategorie des „Bundes“ als Ergänzung (II, 142 f.); besonders deutlich: I, 485 ff.

<sup>40</sup> So vor allem II, 205 ff. und noch am Schluß seiner letzten Besprechung in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft 94. 1933, 512 (über G. Salomons Verfassungslehre, deren soziologisch-marxistische Argumentation er positiv beurteilt).

<sup>41</sup> H. O. Meisners Versuch, Hintze in die Traditionslinie einzuordnen, die zur nationalsozialistischen Diktatur führte (HZ 164, 1941, 72, 90) ist völlig unzutreffend und wirft mehr Licht auf Meisner als auf Hintze.

<sup>42</sup> Vgl. II, 133 f.; sowie die Besprechung von R. Stammers „Die materialistische Geschichtsauffassung“, Schmollers Jb. 49. 1925, 220 mit der oben Anm. 24 genannten Kritik an L. M. Hartmann.

<sup>43</sup> So mit Max Scheler (II, 155–192), Franz Oppenheimer (II, 239–312), Ernst Troeltsch (II, 323–373) und Werner Sombart (II, 374–452).

<sup>44</sup> Hintze diskutierte dies immer wieder am Problem der „Heterogenie der Zwecke“, z. B. II, 354 f., 374, auch 344.

<sup>45</sup> Er wollte „Historismus“ so weit verstanden wissen, „daß er auch den Marxismus und den Positivismus [wohl im Sinne von Comtes Entwicklungsgesetz] mit einschließt“ (II, 329).

<sup>46</sup> Vgl. seine Besprechungen von H. Jecht, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft 87. 1929, 414–417; sowie von „Verhandlungen des Dt. Soziologentags“, ebd., 94. 1933, 279–284.

<sup>47</sup> Vgl. seine eher ablehnende Besprechung von L. v. Wieses Beziehungslehre, ebd., 80. 1925/26, 541–546; 87. 1929, 402–406.

<sup>48</sup> Vgl. seine Kritik an Dopsch, Natural- u. Geldwirtschaft in der Geschichte, HZ 143. 1931, 524–527, bes. 527.

<sup>49</sup> II, 250. Wir sehen keinen Grund zu dem Textein Schub, den der Hrsg. an dieser Stelle vornimmt.

### Bibliographische Hinweise

I. Die wichtigsten Schriften Hintzes. Titelverzeichnis: 1. Ges. Abhandlungen, Hrsg. G. Oestreich, 3 Bde, Göttingen <sup>2</sup>1962–1967 (mit Einleitungen in Hintzes Werk von F. Hartung u. G. Oestreich sowie einer Bibliographie von Hintzes Veröffentlichungen: I, 563–579). – 2. Die Preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert u. ihre Begründung durch Friedrich den Großen (= Acta Borussica, Seidenindustrie, III), Berlin 1892. – 3. Die Schweizer Stickereiindustrie u. ihre Organisation, Schmollers Jahrbuch 18. 1894, 1251–1299. – 4. Einleitende Darstellung der Behördenorganisation u. allgemeinen Verwaltung in Preußen beim Regierungsantritt Friedrichs II. (= Acta Borussica, Behördenorganisation, VI/1), Berlin 1901. – 5. Rede, gehalten zur Feier der 25jährigen Regierung S. M. des Kaisers u. Königs Wilhelm II., Hohenzollern-Jahrbuch 17. 1913, 78–95. – 6. Antrittsrede in der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Sitzungsberichte, Berlin 1914, 744–747. – 7. Die Hohenzollern u. ihr Werk. 500 Jahre vaterländische Geschichte, Berlin 1915 [<sup>0</sup>1916].

II. Literatur über Hintze: 8. D. Gerhard, O. Hintze: His Work and His Significance in Historiography, Central European History 3. 1970, 17–48. – 9. D. Fischer, Die deutsche Geschichtswissenschaft von J. G. Droysen bis O. Hintze in ihrem Verhältnis zur Soziologie, phil. Diss. Köln 1966, 116–221. – 10. E. Köhler, Bildungsbürgertum u. nationale Politik. Eine Studie zum politischen Denken O. Hintzes, Bad Homburg 1970. – 11. W. M. Simon, Power and Responsibility: O. Hintze's Place in German Historiography, in: L. Krieger/F. Stern, The Responsibility of Power, London [1967], 1968, 199–219. – 12. J. Tiburtius, O. Hintzes Beitrag zur Volkswirtschaftslehre, Schmollers Jahrbuch 86/II. 1966, 513–559.